



Stasi-Abhörzentrale in Ost-Berlin*: Die Gesellschaft verwaltet, der Bürger entmündigt

Schild und Schwert der Partei

SPIEGEL-Serie über Machtfülle und Unterdrückungspraxis der DDR-Staatssicherheit (I)

Alle Täter sind gleichzeitig auch Opfer. Viele Opfer sind gleichzeitig Täter oder zumindest potentielle Täter. Dadurch entstand ein unauflösliches System von Abhängigkeiten, eine Art Komplizenschaft. Und es entstand die Herrschaft der Apparate.

DDR-FILMREGISSEUR FRANK BEYER
AM 23. NOVEMBER 1989

Jeden Dienstagnachmittag trafen sich im zweiten Stock des düster-marmorierten ZK-Gebäudes am Werderschen Markt in Ost-Berlin zwei alte Männer. Abgeschildert von einem dreifachen Kordon ausgewählter Staatssicherheitsmänner – die erste Gruppe kontrollierte die Zufahrt, die zweite den Eingang, die dritte war vor dem Paternoster in der Etage des Allerheiligsten postiert –, konferierten die Greise jeweils nach Schluß der wöchentlichen Politbüro-Sitzung über die Sicherheitslage der von ihnen beherrschten Republik.

Lange Zeit war der Befund, den Minister Erich Mielke, seit 1957 Chef der Staatssicherheit (Stasi), heute 82, seinem Kampfgefährten Erich Honecker, seit 1976 SED-Generalsekretär, heute

77, gab, eindeutig: Die Stasi hatte – fast – alles fest im Griff.

In den Worten von Egon Krenz, 52, lange Jahre Sicherheitschef der Staatspartei SED, der am 18. Oktober Honecker gestürzt und einen Monat später auch Mielke entmachtete hatte: „Unter der Leitung des alten Sicherheitsapparates ist die gesamte Gesellschaft verwaltet und der Bürger entmündigt worden.“

Und: „Die Staatssicherheit war ein Staat im Staate.“

Im Jahr nach „1984“, für das George Orwell seine Vision vom großen, allmächtigen, allwissenden Bruder Staat gezeichnet hatte, erließ Mielke seine „Dienst-anweisung 2“ über Maßnahmen zur „vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit“. Damit wurde „eine totale flächendeckende Überwachungsarbeit angestrebt“, so der Regierungsbeauftragte für die Stasi-Auflösung, Manfred Sauer, in seinem Zwischenbericht



Ehemaliger Stasi-Chef Mielke
„Flächendeckende Überwachungsarbeit“

* Im Keller der Kinderkrippe Fröbelstraße im Stadtbezirk Prenzlauer Berg.

für den DDR-Minister-
rat vom 15. Januar.

In der Tat hatte Miel-
ke mit Honeckers Segen
ein flächendeckendes
Netz über das Land ge-
legt. Die darin zappel-
ten, waren Andersden-
kende – sie wurden zur
Räson gebracht; Nörgler
– sie wurden erfaßt und
gemäßregelt; Oppositio-
nelle – sie wurden einge-
schüchtert und außer-
halb rechtsstaatlicher
Normen bestraft; alle
Bürger sollten wissen, daß Freiräume zur
eigenen Entfaltung in dieser Sorte des
real existierenden Sozialismus nicht vor-
gesehen waren. Sie hatten davon auszuge-
hen, daß jede ihrer Regungen registriert,
kontrolliert, gespeichert und verfolgt
wurde.

Sie sollten sich so verhalten, daß der
Staat im Staate, die Stasi-Truppe inner-
halb des SED-Apparats, mit den leiten-
den Greisen an der Spitze keinen Grund
zur Beanstandung sah – gehorsam, dück-
mäuserisch, petzend. Bürger degenerier-
ten zu Denunzianten, junge Leute zu an-
gepaßten Mitläufern. Kritiker wurden zu
Kriminellen erklärt, ein – ohnehin geteil-
tes – Land erneut geteilt: in Schnüffler
und Ausgeforschte, in Jäger und Gejagte,
in Täter und Opfer. Den Opfern, die von
den Krakenarmen der Stasi umfängen
waren, blieb oft nur die Anpassung; die
Unterdrückung schuf sich neue Helfer.
Deren wichtigster: die allgegenwärtige
Angst.

Was jetzt aus den Archiven der Stasi-
Büros quillt, soweit es nicht außer Landes
oder in den Reißwolf speditiert wurde,
oder was von betroffenen Bürgern berich-
tet wird, macht in der Rückschau aus dem
real existierenden Sozialismus einen
Überwachungsstaat schlimmster Sorte.
Die wütendsten DDR-Kritiker im We-
sten hätten die Wahrheit als polemische
Übersteigerung abgetan.

Die Staatssicherheit, benannt nach
dem Ministerium für Staatssicherheit
(MfS) und nach offizieller DDR-Lesart
nur ja nicht zu verwechseln mit dem Si-
cherheitsdienst der Nazis, verfügte zu-
letzt über

▷ 85 000 festangestellte und wenigstens
109 000 inoffizielle Mitarbeiter; sie
war zusammen mit der Volksarmee
(173 100) größter Arbeitgeber im Lan-
de;

▷ ein riesiges Waffenarsenal: 124 593 Pi-
stolen, 76 592 Maschinenpistolen,
3611 Gewehre, 766 schwere Maschi-
nengewehre, 3537 Panzerbüchsen; sie
war nach der Volksarmee mächtigster
Waffenträger;

▷ einen beachtlichen Immobilienbesitz:
2037 Gebäude, Wohnungen oder



Grundstücke, davon
allein in Berlin 652; in
24 Erholungsheimen
mit 2058 Betten konn-
ten Stasi-Mitarbeiter
unter ihresgleichen ur-
lauben;

▷ eine Stadt in der Stadt
als Zentrale: Im Ost-
Berliner Stadtteil
Lichtenberg residierte
das MfS in 3000 Räu-
men. Allein die Ost-
Berliner Bezirksver-
waltung arbeitete in
(weiteren) 1000 Zim-
mern.

In der Umgebung jeder der 14
Bezirkshauptstädte sowie zwölf Kilo-
meter von der Wandlitzer Prominen-
tensiedlung entfernt hatten Bautrupps
mit Riesenaufwand – als hätten sie
sonst in der DDR nichts zu tun – ver-
bunkerte Kommandostäbe für örtliche
und staatliche Einsatzleistungen in den
Untergrund gegraben;

▷ die Daten von etwa einem Drittel ihrer
Bürger: Fünf Millionen Namen waren
im zentralen MfS-Computer gespei-
chert. Ein kaum glaubliches Ausmaß
von Post- und Telefonkontrolle – in
manchen Städten wurde jeder Brief ge-
öffnet, jedes zweite Gespräch mitge-
hört – mehrte den Informationsstand
über Mißliebige in den Dateien und
Karteien der Stasi.

Finanziert wurde der Moloch mit zu-
letzt 3,6 Milliarden Mark jährlich aus
dem DDR-Staatshaushalt – und damit
von den Opfern. Der Aufwand galt nicht
der Republik, sondern der Herrschaft der
Staatspartei und ihrer Führung.

Vier Jahrzehnte war Mielkes Spitzelar-
mee allgegenwärtig. Das Volk hat die
Lektion nicht vergessen und setzt auch
die in PDS umbenannte SED immer
noch mit dem verhaßten Schnüffelstaat
gleich.

Neue Kürzel helfen nicht weiter:
„PDS“ schrieben aufgebrachte Demon-
stranten am 15. Januar beim Sturm auf
die Stasi-Zentrale auf ihre Plakate und
wollten damit keineswegs für die „Partei
des Demokratischen Sozialismus“ wer-
ben. PDS hieß für sie „Partei der Stasi“.

Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Das
Ministerium für Staatssicherheit war im-
mer die Sicherheitszentrale der Partei. Es
sicherte nicht den Staat, sondern die Di-
ktatur der SED; es war nicht dem Parla-
ment verantwortlich, sondern der Partei;
sein Minister war stets Mitglied des ZK
der SED.

Die Stasi-Mitarbeiter wurden nicht auf
die Verfassung eingeschworen. Sie gelob-
ten „alle Aufträge von Partei und Regie-
rung bedingungslos und mit schöpferi-
scher Initiative in Ehren zu erfüllen“.

Auf Kreis- und Bezirksebene wie in den
Großbetrieben war die Verflechtung zwi-

Mit einem Euro-Konto der Jyske Bank, können Sie jetzt bis

1. Februar 1992 hohe Zinsen erwirtschaften

7 1/4%

p.a.

Bei der Jyske Bank, Dänemark, läßt
sich täglich verfügbares Geld nach wie
vor mit hohen, festbleibenden Zinser-
trägen kombinieren.

Aus dem Euro-Konto in ECU – der
Währungseinheit, die sich aus zwölf
verschiedenen westeuropäischen Wäh-
rungen zusammensetzt, – ziehen Sie
folgende Vorteile:

- Keine Kündigungsfrist
 - Hoher Festzins von 7 1/4% bis
1. Februar 1992
 - Minimales Kursrisiko
 - Keine Besteuerung in Dänemark
- Mindesteinlagen:
ECU 3.500 / DEM 7.000.

Letzte
Einzahlungsfrist:
1. März 1990

Senden Sie noch heute den Coupon
ein, da ein solches Angebot selbst-
verständlich befristet ist und nur bis
zum 1. März 1990 gilt.

Bitte senden Sie mir weiteres Infor-
mationsmaterial über Euro-Konten
zu.

Name

Adresse

Plz

Ort



**JYSKE
BANK**
Bank of Jutland

Zürich
Hamburg
London
Fuengirola
(Málaga)
Gibraltar

Private Banking
(International)
Vesterbrogade 9
1501 Kopenhagen V.
Dänemark.
Tel. +45 31 21 22 22

Hamburg
Jyske Bank
(Deutschland) AG
Ballindamm 13
D-2000 Hamburg 1
Tel.: 0 40 30 95 100

STAAT IM STAATE

Aufbau der Staatssicherheit in der DDR vor der Wende



DER SPIEGEL

Spitzel: „Inoffizielle Mitarbeiter“ (IM) und „Offiziere im besonderen Einsatz“ (OibE)

schen SED und Stasi gleich eng, die Befehlsstränge waren klar: Vor der jeweiligen „Einsatzleitung“ – dazu gehörten der 1. und 2. SED-Sekretär, der SED-Sicherheitsbeauftragte, der Chef der Volkspolizei und der entsprechenden NVA-Gliederung – gab der Stasi-Chef regelmäßig einen „Sicherheitsbericht“ und legte einen „Arbeitsplan zu Sicherheitsfragen“ vor: einen Katalog gegen Mißliebige.

Eine Trennung von Partei und Staatsicherheit, wie etwa Ex-SED-Chef Egon Krenz vorletzte Woche während einer Anhörung vor dem Runden Tisch glauben machen wollte, hat es deshalb nach Meinung ehemaliger Stasi-Offiziere niemals gegeben.

Die Verflechtung sei so vollständig gewesen, meint ein jetzt entlassener MfS-Oberst, „daß es dazu nicht einmal schriftlicher Befehle bedurfte“. Wenn etwa ein SED-Bezirksleiter gegenüber dem Leiter einer Bezirksverwaltung des MfS einen Wunsch oder eine Empfehlung aussprach, „dann war das so gut wie ein Befehl“. Gleichzeitig konnten Stasi-Mitarbeiter sich genauso an SED-Organisationen wenden, wenn sie etwa zur Überwachung von Veranstaltungen der Kirche oder oppositioneller Gruppen Hilfe brauchten.

Ob und wieweit die jeweiligen SED-Statthalter sich ihres Geheimdienstes gegen das Volk bedienten, meint auch der mit der Auflösung des MfS beauftragte Generalmajor Heinz Engelhardt, „war nur vom Temperament des leitenden Funktionärs abhängig“. Im Prinzip sei das MfS als „Schild und Schwert der Partei“ immer für die SED dagewesen.

Auch innerhalb der „Firma“, wie sich die Kraken-Behörde selbst gern nannte, war die Verbindung zur Partei eng, die Gängelung durch die MfS-interne Partei-Organisation straff. Das Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen spiegelte sich stets in den Rängen innerhalb der SED-Gremien wider, an deren Spitze der erste Sekretär der „Kreisleitung“ und Mitglied des ZK Generalmajor Horst Felber stand. Jeder Stasi-Agent wurde nicht nur als Soldat, sondern auch als Parteimitglied auf konformes Verhalten getrimmt. „Das reichte“, so Horst Lehmann*, bis vor kurzem Offizier in der Stasi-Zentrale an der Berliner Normannenstraße, „von den Kreislärern bis ins Führungskollegium.“

Eine parlamentarische Kontrolle der Superbehörde war auf keiner Ebene vorgesehen noch fand sie jemals statt. Die Volkskammer, auf dem Papier der DDR-Verfassung Vertretung des Volkes, vollzog preußisch korrekt zwar den Gründungsakt, als sie am 8. Februar 1950 dem Gesetz zur Bildung des

* Name von der Redaktion geändert.



DAS GRAND HOTEL UNSERER ZEIT.

Wer die große Tradition der internationalen Hotels ebenso schätzt wie Luxus und höchsten Komfort unserer Zeit, für den gibt es eine neue Adresse in Frankfurt: Das Arabella Grand Hotel.



- ★ 378 Zimmer und Suiten für Ihren außergewöhnlichen Anspruch.
- ★ Arabell'étage: Luxus und Sicherheit auf höchstem Niveau mit separatem check-in – check-out, Lounge mit eigenem Lift.
- ★ Kulinarische Spitzenangebote in fünf Restaurants.
- ★ Konferenzetage mit Ballsaal, 12 Tagungsräumen und angeschlossenem Business-Center.
- ★ Bar „Rhapsodie“ und Café „Boulevard“.
- ★ Römische Badelandschaft „Balneum Romanum“ über den Dächern der Stadt.
- ★ Der Standort? Selbstverständlich dort, wo in Frankfurt die Geschäfte gemacht werden: Mitten in der Stadt.

Wählen Sie Ihr Hotel nach Maßstäben, die zu Ihrer Persönlichkeit passen. Wir stehen zu Ihrer Verfügung.



ARABELLA GRAND HOTEL FRANKFURT

★★★★★

Konrad-Adenauer-Str. 7 · D-6000 Frankfurt 1

Telefon: 0 69/29 81-0 · Telefax: 0 69/29 81-810 · Telex: 4 175 926

INFO-COUPON

Senden Sie mir Informationen über das Arabella Grand Hotel ☐
oder über die Arabella Hotels in:

☐ Düsseldorf ☐ Frankfurt ☐ München ☐ Oberbayern

Mich interessieren besonders:

☐ Geschäftsreisen ☐ Tagungen ☐ Incentives ☐ Ferienreisen ☐ Kurzreisen

„Ministeriums für Staatssicherheit“ zustimmte.

Aber dieses Gesetz sagte nichts über Aufgaben, Aufbau und Befugnisse der Behörde – das regelten die Funktionäre unter sich. Offiziell wurde lediglich der „Klassenauftrag der Partei an das MfS“ verkündet, „Überraschungen durch den Gegner nicht zuzulassen und seine subversiven Angriffe gegen die verfassungsmäßigen Grundlagen der DDR zu verhindern“ – eine Gummiformel, die praktisch alles erlaubte, vor allem die unkontrollierte Bespitzelung von Andersdenkern.

Keine wichtige Personalentscheidung außerhalb des sakrosankten SED-Parteiapparates lief in der DDR ohne das Jawort der Staatssicherheit. Alle Personen, so hatte Stasi-Chef Mielke in der Richtlinie 1/82 verfügt, „denen sicherheitspolitisch bedeutsame Funktionen, Befugnisse, Erlaubnisse bzw. Genehmigungen“ übertragen werden sollten, mußten sich vom Ministerium auf ihre politische Zuverlässigkeit durchleuchten lassen.

Und bedeutsam war alles: Ob jemand zum Wehrdienst eingezogen wurde oder Kombinatdirektor werden wollte, einen Gewerbeschein beantragte oder sich an der Universität einschreiben wollte – immer saß die Staatssicherheit versteckt im Hintergrund und entschied mit. Gegen die Stasi konnte niemand etwas werden.

Mit allen Mitteln durchsiebte der Apparat bei diesen „Sicherheitsüberprüfun-

gen“ das persönliche und berufliche Umfeld des Betroffenen, schickte ihm informelle Mitarbeiter auf den Hals, fragte Freunde, Berufskollegen ebenso wie seine Nachbarn aus. Häufig wurden gleich alle Verwandten ersten Grades derselben Prozedur unterzogen.

Abgelehnt wurde bereits bei „negativer politischer Einstellung“ oder „nicht geklärtem Charakter“ von Kontakten ins westliche Ausland. Reihenweise wurde so Wissenschaftlern und ambitionierten Ökonomen ohne Hinweis auf die wahren Ablehnungsgründe der Sprung in Führungspositionen versperrt, Schülern der Weg zur Universität oder der West-Urlaub mit „Jugendtourist“ verwehrt.

In diesem engmaschigen Überprüfungsnetz verfiel sich bereits jeder, der zur Armee einberufen wurde. Denn bei der Musterung saß, verkleidet als Offizier der Nationalen Volksarmee, ein Mitarbeiter der zuständigen MfS-Kreisverwaltung mit am Tisch und entschied aufgrund der „politischen Zuverlässigkeit“ des Gemusterten über dessen Einsatzmöglichkeiten.

Jede politisch ungewünschte Äußerung, die zu diesem Zeitpunkt oder beim späteren Wehrdienst durch Stasi-Spitzel aktenkundig wurde, blieb auf unbegrenzte Zeit in den Stasi-Archiven festgehalten. So konnte ein kritisches Wort über Walter Ulbricht 1964 noch 20 Jahre später zur Ablehnung einer Auslandsreise führen.



Der Große Bruder war überall und vergaß nichts.

Das Heer der Spitzel und Zuträger, „Inoffizielle Mitarbeiter“ (IM) genannt, trug Uniform und Zivil. Stasi-Schnüffler traten als Zöllner und Kellner, Soldaten und Zeugen Jehovas auf.

Es gab Theologiestudenten, denen die Stasi gegen Informationen aus der Universität das Studium bezahlte – eine

Investition mit Langzeitperspektive. Denn das Schnüffel-Amt gab sich damit nicht zufrieden. Erst nach dem Examen wurden diese Kirchenleute für die Sicherheitsfanatiker richtig wertvoll – mit Tips und Hinweisen aus den Kirchen, dem einzigen nichtstaatlichen Raum, der Andersdenkenden offenstand.

Inoffizielle Mitarbeiter hielten als Reiseleiter oder Zimmermädchen, als Zuschaffner oder Stewardessen die Augen und Ohren auf, sie bespitzelten Touristen, DDR-Bürger, Kollegen und manchmal wechselseitig sich selbst.

Sogar im Knast war niemand vor ihnen sicher: Gute Informationen über Mithäftlinge zahlten sich immer aus – wer spürte, konnte damit rechnen, wegen guter Führung vorzeitig entlassen zu werden.

Bis in die Rock- und Popmusik-Szene reichte das lange Ohr der Staatsspitze. Prominente Musiker standen bei Mielke unter Vertrag. Sie sollten den Behörden nicht die Hitparade erklären, sondern Namen von Flucht- und Ausreisewilligen nennen.

Frühere Stasi-Mitarbeiter, die mit der Wende arbeits- und mittellos wurden, bieten inzwischen Listen mit den Namen tatsächlicher oder erfundener Spitzel an, die der Stasi angeblich immer noch Informationen aus den Vorständen aller neuen Parteien liefern.

„Das MfS“, so der letzte amtierende Chef und Konkursverwalter, General Heinz Engelhardt, „war in praktisch allen gesellschaftlichen Bereichen präsent“ (siehe Interview Seite 62).

Die 392 hauptamtlichen Kader und Mitarbeiter der Hauptabteilung XX – sie war für die Überwachung Andersdenkender zuständig und wurde von Generalleutnant Kienberg geleitet – führte nach Engelhardts Angaben „nur“ 1306 IM.

Aber diese Zahl besagt nichts über das Heer der Spitzel im Lande; deren Zahl lag weitaus höher. Denn „Inoffizielle Mitarbeiter“ wurden keineswegs nur von der Zentrale in der Normannenstraße angeworben und in Marsch gesetzt, sondern auch in den Kreis- und Bezirksverwaltungen. Wer etwas werden wollte in



Waffen (in Ost-Berlin)



Abhörtechnik (in Leipzig)



Wanzen (in Dresden)

Stasi-Ausrüstung: Ein engmaschiges Überprüfungsnetz

der weitverzweigten Stasi-Bürokratie, mußte neue IM rekrutieren – Gehalt und Aufstiegschancen künftiger Kader in der Provinz hingen davon ab.

Nur Spitzenfunktionäre der SED waren ausgenommen und durften als IM nicht geworben werden. Von einem linientreuen SED-Funktionär erwartete man ohnehin, daß er den Großen Bruder über alles informierte, was der Partei gefährlich werden könnte.

Etwa 5 Millionen der 16 Millionen DDR-Bürger waren nach amtlichen Stasi-Angaben in der Zentralen Personen-Datenbank (ZPDB) erfaßt – statistisch also nahezu jeder dritte, einschließlich der Säuglinge, Kinder und Greise.

Dem Wachstum der Machtmaschine Staatssicherheit waren in den vergangenen zehn Jahren keine Grenzen gesetzt. Je unglaublicher die Lobpreisung der sozialistischen Errungenschaften wurde, desto größer wurde auch die Angst der SED-Fürsten vor der Unzufriedenheit im eigenen Volk, und desto hemmungsloser forcierten sie den Ausbau ihres Sicherheitsapparates. „Spätestens Ende der siebziger Jahre“, so berichtet Ex-Offizier Lehmann, „ist das regelrecht umgekippt, da wurde alles immer verrückter.“

So bauten alle „operativ tätigen“ Abteilungen ihr IM-Netz bis in die letzten Winkel der Gesellschaft aus. „Auf Druck von oben“, erinnert sich Lehmann, „wurde ein richtiger Wettbewerb bei der Spitzel-Anwerbung angezettelt. Wer nicht pro Jahr 25 Neuanwerbungen hatte, bei dem wurde es kritisch, das ging in die Beurteilung.“ Etwa 50 bis 60 Treffs pro Monat habe jeder Sachbearbeiter bewältigen, rund 35 Spitzel gleichzeitig betreuen müssen.

Angesichts dessen halten auch ehemalige Stasi-Offiziere die Angaben der eigens eingesetzten Regierungskommission zur Auflösung des Ministeriums über den Umfang des Spitzelsystems für grob untertrieben. Nicht 109 000 IMs, wie Modrows Beauftragter Sauer am Runden Tisch behauptete, sondern „wahrscheinlich eher die zehnfache Zahl“ (Lehmann) von Zuträgern war dem Reich des Stasi-Chefs Mielke zu Diensten.

Mit dem Heer der Informanten wuchs der Apparat selbst. Um die hereinkommende Informationsflut zu bewältigen, stieg der bürokratische Aufwand ins Unermeßliche.

Schon vor jeder Anwerbung mußte über den potentiellen IM eine umfangreiche Akte angelegt werden. Erst nach umständlichen Nachforschungen in manchmal einem Dutzend anderen Abteilungen sowie in den Bezirks- und Kreisämtern durfte überhaupt eine erste Annäherung an den zukünftigen Mitarbeiter stattfinden.

Dann allerdings wußte der zuständige Sachbearbeiter, so Lehmann, „fast alles“ über sein Opfer. Und stets fanden sich irgendwelche kleinere Vergehen, etwa die Abzweigung irgendwelcher Güter „zum Schaden sozialistischen Eigentums“, für die dann „Wiedergutmachung“ eingefordert werden konnte. „Auf dieser Basis“, erinnert sich ein ehemaliger Spitzelführer, „reichte fast immer schon ein Gespräch, um die Leute krummzumachen.“

Das geschah bei Tätern wie bei Opfern auf die gleiche Weise. Die Schnüffler von der Normannenstraße und den vielen MfS-Dependancen im ganzen Land orientierten sich an einer Checkliste aus 101 Punkten mit dem schlichten Titel: „Hinweise zur Erarbeitung eines Persönlichkeitsbildes“. Das Protokoll, das nach der Recherche für die Akten geschrieben wurde, präsentierte einen gläsernen Menschen.

Seine Haltung zur Arbeit („Nur für Geld, fachlich seinen Aufgaben gewach-

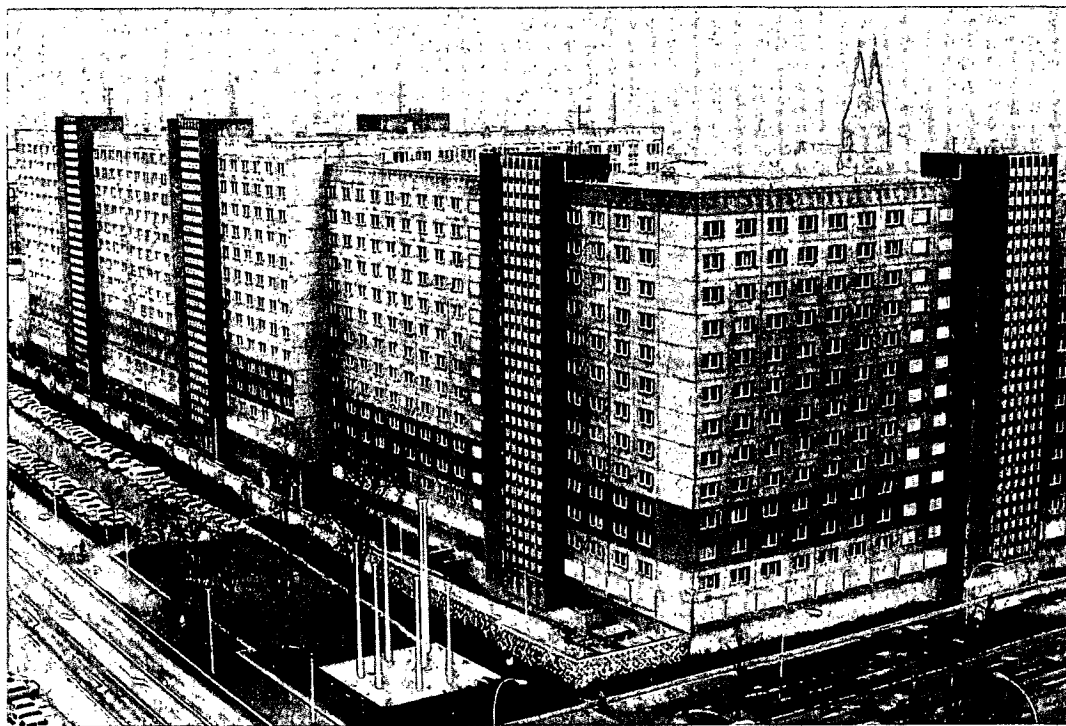


sen, wie reagiert er auf plötzliche Schwierigkeiten?“) wurde ebenso durchleuchtet wie die „Stellung zum und im Kollektiv“ („Besitzt er Autorität, worauf beruht sie?“) oder die „Stellung zur Einhaltung des Geheimnisschutzes“ – „Verschwiegenheit, Verantwortungsbewußtsein, Wachsamkeit, Gleichgültigkeit, Schwatzhaftigkeit, Nichtbeachtung von Meldepflichten?“

Die Fahnder hinterfragten Hobbys („Foto, Film, Briefmarken, Garten“) und ließen sich beschreiben, welche Lektüre die Person bevorzuge; sie notierten „besondere Kenntnisse und Fähigkeiten“ (zum Beispiel Fremdsprachen, Nachrichtentechnik) ebenso wie die „Einstellung ... zur Verteidigungsbereitschaft, zur UdSSR und anderen sozialistischen Staaten“.

„Unterschiede zwischen offizieller und persönlicher Meinung“ wurden registriert, „Größe und Lage der Wohnung, Ausstattung“, „Umgang mit zwielichtigen Personen“ oder „Kontakte zu Verwandten und Bekannten im kapitalistischen Ausland“: „Persönlich, brieflich, wie oft?“

Den breitesten Raum nahm die „charakterliche Einschätzung“ ein – wobei die Stasi-Detektive darunter selbst die Art der Körperbewegung verstanden: „Natürlich, geschickt, ungezwungen, elastisch, graziös, gewandt, sparsam, ru-



Ost-Berliner Stasi-Zentrale: 3000 Räume für die Schnüffler des Staates

„Ohne uns geht es einfach nicht“

Stasi-General Heinz Engelhardt über die Auflösung der Mielke-Truppe

SPIEGEL: Herr Engelhardt, Sie sind – neben dem Spionage-Chef Werner Großmann – der letzte diensttuende Staatssicherheitsgeneral aus der Mielke-Ära. Fürchten Sie eine Anklage?

ENGELHARDT: Nein, Angst habe ich nicht. Es gibt in der Republik eine Reihe Ermittlungen gegen frühere Partei- und Staatsfunktionäre und gegen leitende Mitarbeiter des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit. Ich gehe davon aus, daß ein individueller Schuldanteil bewiesen werden muß, daß man gegen Gesetze, Befehle und Weisungen gehandelt hat. Wir haben ausschließlich diese Befehle und Weisungen durchgesetzt.

SPIEGEL: In Frankfurt/Oder, wo Sie Leiter der Bezirksverwaltung waren, haben sich mehrere hundert Bürger gemeldet, die sich von Ihrer Behörde ungerecht behandelt fühlten: überlange U-Haft-Zeiten zum Beispiel, Verletzungen des Post- und Fernmeldegeheimnisses.

ENGELHARDT: Die Untersuchungshaft ist ausschließlich unter Kontrolle der Staatsanwaltschaft realisiert worden. Und was die Verletzung des Post- und Fernmeldegeheimnisses anbelangt, kann ich nur darauf verweisen, es gab dafür Grundsatzbefehle des Ministers.

SPIEGEL: Wie viele Telefone haben Sie abgehört?

ENGELHARDT: Ich kann im Moment nicht darüber sprechen, weil die Staatsanwaltschaft ermittelt.

SPIEGEL: Die Befehle des Ministers waren Ihrer Meinung nach nicht zu beanstanden?

ENGELHARDT: Die Befehle waren nicht zu beanstanden. Sie müssen akzeptieren, wir waren eine militärische Organisation. Und wenn man sich widersetzte, gab es zwei Konsequenzen: Entweder wurde man entlassen oder disziplinarisch zur Verantwortung gezogen.

SPIEGEL: Das klingt sehr nach Befehlsnotstand, auf den sich 1945, nach Ende der Hitler-Diktatur, viele berufen haben.

ENGELHARDT: Befehlsnotstand ist sicherlich ein schlechtes Wort; aber die Lage war so, daß wir über 850 Grundsatzdokumente, also Richtlinien, Befehle und Weisungen, durchzusetzen hatten.

SPIEGEL: Und die standen über den Gesetzen der DDR?

ENGELHARDT: Ich habe mir persönlich keine Gedanken gemacht; ich bin davon ausgegangen, daß der frühere Minister namens Mielke sich im Rahmen der Gesetzlichkeit bewegt hat. Die Spionageabwehr hat für mich im Bezirk



Stasi-General Engelhardt

„Wir haben Befehle und Weisungen durchgesetzt“

Frankfurt/Oder, wo viele sowjetische Truppen stationiert sind, eine größere Rolle gespielt als die Linie 20.

SPIEGEL: Linie 20? – Sie meinen die für die „Innenaufklärung“ zuständige Abteilung 20?

ENGELHARDT: Die Abteilung, die, wenn Sie so wollen, für die Andersdenkenden zuständig war.

SPIEGEL: Wenn Menschen wochen- oder monatelang verhört wurden, ohne daß sie die Möglichkeit hatten, sich mit einem Anwalt zu besprechen, ohne daß sie Einsicht in die Ermittlungsunterlagen und die Anklageschrift nehmen konnten, sind Ihnen da nicht ab und zu Zweifel gekommen?

ENGELHARDT: Ich kann Ihnen versichern, daß die, die bei uns einsaßen, immer die Möglichkeit hatten, auch mit ihren Rechtsanwälten zu sprechen.

SPIEGEL: Aber die Aussage verweigern durften sie nicht. Und noch im Oktober wurden Leute verhaftet und verhört, und zwar ohne Einschaltung von Rechtsanwälten, die Unterschriften fürs Neue Forum gesammelt haben ...

ENGELHARDT: In Frankfurt nicht.

SPIEGEL: Aber in anderen Bezirksverwaltungen.

ENGELHARDT: Ich kann nur für Frankfurt sprechen.

SPIEGEL: Haben Sie sich etwa über eine Weisung Mielkes hinweggesetzt?

ENGELHARDT: Na ja, Frankfurt/Oder war für diese Leute nicht so attraktiv wie Berlin.

SPIEGEL: Und warum sind gerade Sie jetzt zum Konkursverwalter für das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit berufen worden?

ENGELHARDT: Man ist wohl davon ausgegangen, daß ich physisch und psychisch stabil bin. Als das Amt für Nationale Sicherheit gebildet wurde, wurden 85 Führungskader aus dem Dienst verabschiedet, Leiter von Bezirksverwaltungen und Leiter von Hauptabteilungen.

SPIEGEL: Und warum Sie nicht?

ENGELHARDT: Ich war mit Abstand der Jüngste in dieser Generalgilde. Und Herr Schwanitz, damals Leiter des

Amtes für Nationale Sicherheit, hatte mich als Stellvertreter vorgeschlagen.

SPIEGEL: Was wurde inzwischen aufgelöst und was mit den alten Leuten neu gebildet?

ENGELHARDT: Es gab an sich zwei strategische Aufgaben. Der Ministerrat hatte die Bildung eines Verfassungsschutzes mit einer Stärke von 10 000 Mann beschlossen, wenn ich das richtig im Kopf habe. Wir hätten 75 000 Mitarbeiter entlassen müssen. Aber das ist über Denksätze einfach nie hinausgegangen. Es hat nie einen funktionsfähigen Verfassungsschutz gegeben. Und die Bereitschaft der ehemaligen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, neue Aufgaben zu übernehmen, war auch nicht sonderlich ausgeprägt, weil man hinsichtlich der Zukunft eine gewisse Unsicherheit hatte.

SPIEGEL: Was machen denn die vielen Leute, die auf die Straße gesetzt wurden?

ENGELHARDT: Wir haben versucht und versuchen es auch heute noch, unsere Mitarbeiter ordentlich in das zivile Leben zu entlassen. Ich gehe davon aus, daß ein nicht geringer Teil der ehemaligen Mitarbeiter jetzt Fuß gefaßt hat im zivilen Leben, in den verschiedenen Berufsgruppen in der Volkswirtschaft, im Gesundheitswesen, beim Zoll.

SPIEGEL: Und wie verlockend sind für ehemalige Stasi-Mitarbeiter Angebote von westlicher Seite, sich als hilfreiche Informanten ein Zubrot zu verdienen?

ENGELHARDT: Von der materiellen, der finanziellen Seite her ist das sicherlich verlockend.

SPIEGEL: Gibt es denn konkrete Angebote?

ENGELHARDT: Ja. Bereits dreimal bekamen wir Anrufe eines mysteriösen Herrn aus Köln, ob wir bereit seien, Informationen vorzulegen, zuletzt am 15. Januar. Und ich bin informiert, daß es auch andere solche Angebote geben soll. Ich gehe aber davon aus, daß der weitest-größte Teil unserer Mitarbeiter darauf nicht eingeht; sie verfügen über eine hohe Qualifikation, es sind viele gebildete und kulturvolle Menschen darunter, auch wenn mancher das nicht wahrhaben möchte.

SPIEGEL: Vielleicht ist es so, daß diese loyalen, kulturvollen Menschen sich weiterhin mit ihren ehemaligen Dienstvorsetzten zusammensetzen und in eigener Regie weiterarbeiten oder auf ihre Stunde warten.

ENGELHARDT: Das möchte ich absolut verneinen, das möchte ich auch präzise formulieren: Bei fast allen Mitarbeitern, mich eingeschlossen, hat sich eine große Enttäuschung breitgemacht über die frühere Partei- und Staatsführung. Und diese Enttäuschung hat letztendlich dazu geführt, daß diese Mitarbeiter, die Schild und Schwert der Partei sein sollten, dem MfS den Rücken gekehrt haben. Was Sie sagen, wäre fast selbstmörderisch, weil die Wachsamkeit der Bürger in unserem Land sieht das Gras wachsen.

SPIEGEL: Und wie ist es mit dem Abhören von Telefonen?

ENGELHARDT: Das ist weder technisch noch personell möglich.

SPIEGEL: Warum?

ENGELHARDT: Alle diesbezüglichen Räume wurden durch die Militärstaatsanwaltschaft oder durch die Staatsanwaltschaft im Beisein von Bürgerkomitees und Vertretern des Runden Tisches versiegelt. Die Leitungen wurden gekappt und stillgelegt.

SPIEGEL: Der Auslandsnachrichtendienst des ehemaligen MfS arbeitet mit Billigung des Bürgerkomitees weiter.

ENGELHARDT: So möchte ich das nicht formulieren. Mit dem Regierungsbeschuß vom 14. Dezember wurde neben der Bildung des Verfassungsschutzes die Bildung eines Nachrichtendienstes festgelegt. Es entzieht sich meinen Kenntnissen, wie die gegenwärtige Situation auf dem Gebiet ist.

SPIEGEL: Ihr Auftrag, das Amt für Nationale Sicherheit aufzulösen, betrifft nicht die ehemalige Aufklärung?

ENGELHARDT: Absolut nicht.

SPIEGEL: Die „Hauptverwaltung Aufklärung“, 7500 Mitarbeiter, früherer Chef Markus Wolf, arbeitet weiter, als sei nichts geschehen?

ENGELHARDT: Das kann ich Ihnen so nicht bestätigen. Auskünfte können Sie nur von den in dieser Abteilung arbeitenden Kollegen bekommen.

SPIEGEL: Wann haben Sie denn den Spionage-Chef, General Großmann, das letzte Mal gesehen?

ENGELHARDT: Das war, glaube ich, bei einer Beratung im Ministerrat vor 14 Tagen. Seitdem habe ich ihn nicht mehr gesehen und auch keinen telefonischen Kontakt mit ihm gehabt.

SPIEGEL: Damals war er noch im Amt?

ENGELHARDT: Damals war er noch im Amt.

SPIEGEL: Was machen Sie ganz konkret?

ENGELHARDT: Am 15. Januar hat sich ein Komitee in dem früheren Ministerium etabliert, bestehend aus Berliner Bürgern und Mitarbeitern der Arbeitsgruppe Sicherheit des zentralen Runden Tisches. Und es gibt eine Regierungskommission unter Leitung eines Herrn Fritz Peter. Meine Aufgabe ist es, mit meinen Sach- und Fachkenntnissen diese Gremien zu unterstützen bei der Auflösung des Amtes, weil es ohne uns, die wir ja über die Spezifik dieses Amtes Bescheid wissen, einfach nicht geht.

SPIEGEL: Fühlen Sie sich manchmal im nachhinein auch als Täter?

ENGELHARDT: Ich bin im Moment noch nicht in der Lage, darüber zu sprechen. Ich gehe davon aus, daß ich bald Zeit haben werde, darüber nachzudenken.

SPIEGEL: Die Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit soll bis zum 31. März abgeschlossen werden. Was machen Sie dann?

ENGELHARDT: Dann werde ich 14 Tage, drei Wochen brauchen, um mich zu erholen. Und dann werde ich mich auf Arbeitssuche begeben. Ich hoffe, daß ich noch einen Job finde. Ich habe noch 20 Jahre bis zu meiner Rente.



Stasi im Einsatz*
„Alle Aufträge der Partei erfüllen“

hig, flüssig, straff, weich, nervös, linkisch, ungeschickt, fahrig, eckig, geziert, arrogant, schlapp.“

Aussprache („fließend, stammelnd, einschläfernd?“) und Ausdrucksweise („gewählt, weitschweifend, buhlend?“) wurden abgefragt, „Affekte und Stimmungen“, Auffassungsgabe („schwerfällig, kritisch wertend?“), Reaktionsfähigkeit („geistesgegenwärtig, stumpfsinnig?“) oder die Urteilskraft („nüchtern, unkritisch, leichtgläubig?“).

Das Interesse der staatlichen Schnüffler galt auch der Gedächtnisleistung des observierten Mitbürgers („gut, lückenhaft, träge?“) und in besonderem Maße seinem Sexualverhalten. Sechs Rubriken waren auszufüllen – „triebhaft, ungemindert, haltlos, beherrscht, nicht kontrolliert, damit prahlend?“

Ein geradezu typisches Beispiel für die Sammel- und Kontrollwut der Staatsorgane liefert ein zweiseitiges Protokoll der zuständigen Stasi-Truppe im Kreis Kamenz „zur Absicherung der katholischen Jugendwallfahrt“ in Rosenthal. Um dieses völlig bedeutungslose Ereignis zu observieren, wurde ein siebenköpfiger Arbeitsstab gebildet und ein minutiöser Einsatzplan beschlossen („8.00 Uhr Abfahrt mit Krädern zu den dezentralisierten Sammelpunkten“, „9.30 Uhr Teilnahme aller Einsatzkräfte an der Wallfahrtsprozession“). Ziel der Recherche:

Das Augenmerk aller Genossen ist vor allem darauf zu richten und festzustellen, welche Meinungen traten zur Beurteilung der Wallfahrt seitens der Teilnehmer in Erscheinung. Das typische Echo zur Teilnahme.

In riesigem Ausmaß wurde die Post gefilzt, etwa in der Stelle 12 beim Bahnpost-

* Am 2. Oktober 1989 in Leipzig.

Manager nutzen am 10. Februar **DIE WELT** UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND mit **KARRIERE '90**

Themen und Spitzenpositionen für Führungskräfte

Aus dem Inhalt:

- Qualifizieren für das Projektmanagement – Einzelkämpfer haben keine Chance
- Arbeiten im Ausland – Experten aus Frankreich, Großbritannien, Spanien, Italien und den USA geben Tips und berichten über eigene Erfahrungen
- Führungsreserve der neunziger Jahre – die Frauen
- Der Arbeitsmarkt für Akademiker – eine Analyse
- Der Controller – das betriebswirtschaftliche Gewissen des Unternehmens
- Braucht die Managerin besondere Strategien?
- Top-Salär für deutsche Manager und Managerinnen? – Was Führungskräfte hier und im Ausland verdienen



amt Gera. In komfortablen Räumen mit Kühlschrank und Kaffeemaschine residierten abgetrennt, durch eine Doppeltür gesichert und uneinsehbar, jahrzehntelang die Mitarbeiter der Stasi-Abteilung PZF (Postzollfahndung).

Über einen separaten Eingang wurde ihnen waschkorbweise die Ausgangspost ins westliche Ausland zugespielt, Tausende von Briefen täglich. Stichproben wurden genommen, unter Wasserdampf geöffnet, gelesen und ausgewertet.

Ein Register, das laufend erweitert wurde, erleichterte die verschärfte Kontrolle von Andersdenkenden, Ausreisewilligen, Homosexuellen und Rechtsextremisten. Wenn die Wasserdampfspezialisten – ein Angestellter: „Der Raum mußte alle sechs Monate frisch tapeziert werden“ – fertig waren, verschloß die „Technische Abteilung“ die Briefe wieder. Beschädigte Briefe wurden weggeworfen.

Geldgeschenke in Briefen, die laut DDR-Gesetz hätten zurückgeschickt werden müssen, wurden nach Währung gesondert einkassiert und alle zwei Wochen von einem Mitarbeiter der Berliner Zentrale abgeholt. Ein ehemaliger Stasi-Mitarbeiter aus Saalfeld berichtet, daß auf diese Weise selbst in kleinen Dienststellen „4000 Westmark pro Woche“ zusammenkamen.

Organisiert und kanalisiert wurde die Datenflut – allein in Gera wurden etwa 80 Tonnen Akten gefunden und jetzt versiegelt – von einem hierarchisch verschachtelten, nach außen sorgsam abgeschotteten Apparat, der sich nach dem Prinzip „Teile und herrsche“ den jeweils Zuständigen angeblich immer nur in Ausschnitten offenbarte.

Auf Bezirksebene war dies der jeweils Erste SED-Sekretär, der zugleich immer auch Chef der Bezirkseinsatzleitung (BEL) und damit einer der Mächtigsten vor Ort war. Er kontrollierte nicht nur den Einsatz der lokalen Stasi und der Volkspolizei, deren Chefs seinen Weisungen zu folgen hatten, sondern auch den Rat



des Bezirks und sogar die Armee, die in der BEL durch den Chef des jeweiligen Wehrbereichskommandos vertreten war.

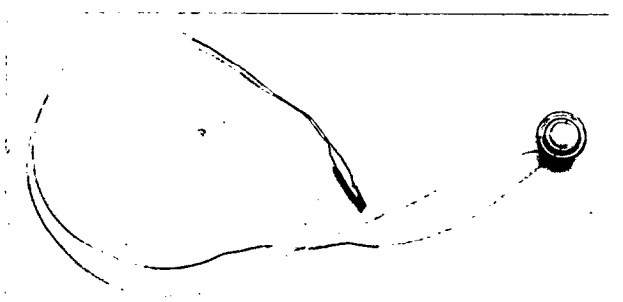
Angeblich liefen die Informationen aus den Bezirken erst bei Erich Mielke wieder zusammen, angeblich war er der einzige, der sein Wissen mit dem Generalsekretär Erich Honecker teilte. Angeblich war sonst keiner informiert – Legenden nach der Wende,

ebenso unglaublich wie die Beteuerungen führender Nazi-Größen nach 1945, sie hätten von Terror und Konzentrationslagern nichts gewußt.

Als Beweis für die Exklusivität der wenigen Wissenden führen Stasi-Offiziere das spezielle, abhörsichere Telefonnetz (Stasi-Jargon: WeTsche-Netz) an, das mit nur 200 Teilnehmern alle Führungsspitzen von Partei und Staatssicherheit miteinander verband. Dessen Zentrale birgt das nach Art eines Faradayschen Käfigs gegen alle elektromagnetischen Wellen abgeschirmte Haus 43 auf dem Gelände in Berlin-Lichtenberg. Es steht zugleich für den ungeheuren technischen Aufwand des Stasi-Staates, bei dem, so ein ehemaliger MfS-Nachrichtentechniker, „Geld gar keine Rolle spielte“.

Aber so exklusiv und klein war der Kreis der Kenner wohl nicht.

Schon auf Bezirksebene waren immer der Stellvertreter des MfS-Chefs und der



Von der Stasi präparierte Jacke, Wanze
Lauschangriff auf Oppositionelle

Leiter der für Sicherheitsfragen zuständigen Abteilung II informiert. Und auch in der Berliner Normannenstraße war Mielke nicht als einziger im Bilde.

Der Apparat funktionierte auch ohne den Chef, wie die bislang bekanntgewordenen Unterlagen zeigen. Ob Mielke in Urlaub war oder auf der Jagd, ob er sich auf der Ehrentribüne des Dynamo-Stadions über Fehlpässe der Kicker des Stasi-eigenen Berliner Fußballklubs Dynamo aufregte und vor Wut auf seinem Hut herumtrampelte, wenn der Schiedsrichter der gegnerischen Mannschaft einen Strafstoß zuerkannte – der Betrieb in der Normannenstraße lief reibungslos.

Seine Stellvertreter – Werner Großmann, Gerhard Neiber, Rudolf Mittig und Wolfgang Schwanitz – waren über die laufenden Geschäfte oft besser informiert als der Minister. Wie in jeder Behörde redeten die Referenten und Abteilungsleiter selbst bei diesem Geheimdienst gemeinsam auch über Dienstliches. In der Kantine kamen die Informationen oft schneller zusammen als beim Chef.

Nur die Spionageorganisation „Hauptverwaltung Aufklärung“, bis 1985 geleitet von Markus („Mitscha“) Wolf und zuständig für die im Ausland operierenden „Kundschafter“, schottete sich gegen das Haus ab.

Was im Inland passierte, war von der Stasi-Krake nahezu lückenlos abgedeckt. Ausländer und Durchreisende, Schüler

tisch negative Personen“ zu.

Regimekritiker wie Robert Havemann, Wolf Biermann, Stefan Heym oder Wolfgang Templin wurden monatelang abgehört, ihre Briefe geöffnet, jeder Besucher registriert und überprüft. Inoffizielle Mitarbeiter der Stasi horchten sie und ihre Freunde aus, jede ihrer Bewegungen wurde fotografiert, jede Autofahrt verfolgt. Bei Robert Havemann ging das MfS so weit, daß es alle zu seiner Beerdigung erschienenen Freunde und Verwandten registrierte und anschließend einzeln, so ein ehemaliger Stasi-Major, „tiefgründig aufklärte“.

Templin wurde durch subtilen Postkartenterror gequält. Stasi-Leute antworteten unter seiner Adresse, aber fingiert auf Zeitungsannoncen („Kaufe Ihren Seehundpaletot, zahle 5600 Mark“ oder „Zahle Ihnen für Ihren Wartburg Tourist 24 000 Mark“). Clou des Psychoterrors war dann der Hinweis an die Verkäufer: „Da ich wegen eines Gipsbeins zur Zeit leider nicht selber kommen kann, bitte ich um Besuch beziehungsweise Auslieferung.“ Bei Templin, jetzt führender Kopf der Initiative für Frieden und Menschenrechte, stau-



erst verunsichern und von ihren politischen Freunden isolieren, dann ihre Moral Stück für Stück zermürben – bis sie schließlich kapitulierten oder, dem ständigen Druck nachgebend, in den Westen entkamen.

Die Staatssicherheit war nicht zimperlich, politische Gegner aufzuspüren und ihnen – je nachdem – mit Macht oder List zuzusetzen. Eines ihrer liebsten Mittel: großangelegte,

konspirative Wohnungsdurchsuchungen, mit denen Beweismaterial für spätere, offizielle Durchsuchungen der Staatsanwaltschaft vorbereitet wurde.

Meist durch die auf Beobachtung und Durchsuchungen spezialisierte Hauptabteilung VIII organisiert, wurden bei diesen Aktionen jeweils mehrere Dutzend MfS-Mitarbeiter eingesetzt, um die illegale Aktion zu vertuschen. Denn bevor die Wohnung des Betroffenen mit einem Nachschlüssel oder einem Dietrich geöffnet wurde, sorgte ein ausgeklügeltes System für ungestörtes Arbeiten der Stasi-Einbrecher.

Alle Einwohner des betroffenen Hauses, bei Hochhäusern die Bewohner aller angrenzenden Etagen, wurden systematisch aus dem Haus gelotst und außer-



Stasi-Opfer Havemann, Biermann, Heym, Templin: „Politisch negative Personen“

und Soldaten, Polizisten und Musiker, Künstler und Kirchenleute – alle Berufsgruppen waren von irgendeiner Abteilung des Riesenapparates erfaßt und die meisten öffentlichen Gebäude wohl auch: Letzte Woche wurden in der Ausflugsstätte am Napoleon-Denkmal von Jena-Cospeda, wo sich Mitarbeiter der Jenaer Zeiss-Werke regelmäßig mit ausländischen Gästen trafen, Wanzen gefunden – an den Wänden der einzelnen Räume wie in den Toiletten. Auch in den großen Devisenhôtels waren perfekte Abhörvorrichtungen installiert.

Und wenn der Große Bruder wollte, schlug er mit der gesamten Macht seines Bespitzelungs- und Überwachungsapparates gegen, so der Stasi-Jargon, „poli-

ten sich da die ungebetenen Kunden und Waren.

Noch im letzten Dezember, die Stasi war schon abgeschafft, entdeckte Jürgen Döller, Mitglied des Demokratischen Aufbruchs in Erfurt, in der Kapuze seines Anoraks eine Wanze – mit Mikrophon, Batterie, Sender und zwei hauchdünnen Antennendrähten; Reichweite: zwei bis vier Kilometer (siehe Bild Seite 66). Die Schnüffler wollten auch bei der Demokratisierung dabei sein.

Mielkes Staatssicherheit kam es zum Schluß gar nicht mehr darauf an, auf dunklen Wegen Konspiratives und Geheimnis zu entdecken. Die offensichtliche und allgegenwärtige Präsenz sollte Angst verbreiten, die Oppositionellen

halb, so der Stasi-Sprachgebrauch, „gebunden“: Rentner erhielten einen Arzttermin, Arbeiter eine Vorladung ihres Parteisekretärs im Betrieb, Schüler mußten unter Lehreraufsicht nachsitzen. Dutzende von Stasi-Mitarbeitern sicherten während der Durchsuchung nach außen ab und meldeten per Funk, wenn die Bindung eines Hausbewohners geplatzt war.

Erst wenn außen alles gesichert war, brach die mindestens sechsköpfige Spezialeinheit der Abteilung VIII in die Wohnung ein und begann die Durchsuchung. Bevor die Einbrecher im Staatsauftrag Kleiderschränke, Regale und Kommoden durchwühlten, hielten sie die Lage jedes Buches, jedes Taschentü-

Karies, Bach und Läufer

Studenten gründen erste Selbsterfahrungsgruppe für ausgestiegene Stasi-Spitzel

Der Germanistikstudent Hendrik Röder, 25, wollte sich mit der karg ausgestatteten Bibliothek an der Greifswalder Ernst-Moritz-Arndt-Universität nicht zufriedengeben. Unerlaubt bediente er sich aus westlichen Beständen, etwa an der Freien Universität Berlin.

Von der „ungesetzlichen Verbindungsaufnahme“ mit westlichen Stellen, bis zur Wende in der DDR mit Geldstrafe oder Freiheitsentzug bedroht, erfuhr die Greifswalder Hochschulleitung, Manfred Engel, Prorektor für Erziehung, Aus- und Weiterbildung, drohte dem Studenten mit Rausschmiß, falls er nicht Besserung gelobe.

Als Röder ein weiteres Mal mit West-Lektüre erwischt wurde, mußte er in Engels Dienstzimmer vorsprechen. Dort fand der verdutzte Student zwar nicht seinen betonköpfigen Professor vor, dafür aber zwei Mitarbeiter der Staatssicherheit (Stasi), die sich als „Hille“ und „Waag“ vorstellten.

„Die Stasi-Leute verdächtigten mich, Agent für den Bundesnachrichtendienst zu sein oder zumindest bald angeworben zu werden“, berichtet Röder heute, „es war abenteuerlich.“ Hille und Waag forderten ihn auf, Namen, Adressen und Stimmungsberichte aus der Studentenszene bei der Stasi abzuliefern, andernfalls müsse er mit einer Anklage als Feind-Agent rechnen. Röder zeigte Wirkung: „Ich dachte, wenn du hier nicht mitmachst, dann landest du im Knast.“

Von diesem düsteren Kapitel seiner Laufbahn hat sich Röder inzwischen gelöst: Er hat, bisher beispiellos in der DDR, eine Selbsterfahrungsgruppe für ehemalige Stasi-Spitzel gegründet.

Die Idee kam Röder bereits vor gut drei Monaten, als Greifswalder Studiosi im Oktober erste Vollversammlungen einberiefen. Die jungen Leute suchten nach Gründen, weshalb sie sich jahrelang zu angepaßten Mitläufern hatten machen lassen. Röder schlug vor, die „Verflechtung von Stasi und Uni-Betrieb“ zu untersuchen. Röder: „Ich habe mir eine Art Therapiegruppe vorgestellt, die Spitzeln den Ausstieg erleichtert. Die standen ja unter starkem psychischen Druck, weil sie oft von Stasi-Leuten erpreßt wurden, für sie zu arbeiten.“

Heraus kam eine Anti-Stasi-Gruppe (ASG), die Spitzel unter den Kommilitonen „an die Öffentlichkeit“ bringen will, „weil sie so aus der Konspiration herausfallen und für die Stasi unbrauchbar werden“ (Röder). Auf den

ersten Kunden brauchte die Gruppe nicht lange zu warten.

An den ersten Vollversammlungen im Oktober hatte auch der Musik- und Germanistikstudent Holger Kühne teilgenommen – aus dienstlichen Gründen: Über ein Jahr lang schon spitzelte Kühne für die Stasi, die ihm gleich nach der Sitzung einen Bericht über die geplante Gründung einer Unabhängigen Studentenschaft abverlangte. Zwei Tage später wechselte Kühne von der Stasi zur Anti-Stasi-Gruppe über.

stehe es schlecht, gab der Stasi-Mann zu verstehen, falls er nicht weiter mitmache. Seine Leistungen seien schwach, das könne er nur durch Schnüffeleien wettmachen.

Als in der DDR erste Oppositionsgruppen entstanden, forderte Waag von Kühne Berichte über das Neue Forum, Studentengruppen und Wandzeitungen in Wohnheimen an. Auftrag: Es müßten „führende Köpfe der Bewegung“ herausgefiltert werden, „die gegen das sozialistische System arbeiten“.



Stasi-Gegner Tiede, Röder, Walther: „Wie kleine Dutschkes“

Kühnes Bericht zeigt beispielhaft, wie eng die Führungen der DDR-Universitäten mit dem Geheimdienst zusammengearbeitet haben. So hatte etwa der Wissenschaftliche Sekretär des Prorektors für Gesellschaftswissenschaften, Werner Westphal, den Kontakt zwischen Stasi-Waag und Kühne eingefädelt und dafür auch sein Büro zur Verfügung gestellt.

Später bevorzugte Waag für die Treffs abgelegene Waldwege oder die Wohnung einer Sekretärin im Fachbereich Erziehungswissenschaften. In deren Schlafzimmer, in einer Wohnung am Dubnaring 13, durfte die Stasi Studenten verhören, gab Kühne seinem Selbsterfahrungshelfer Röder zu Protokoll. Dafür bekam die Sekretärin ab und zu einen Blumenstrauß oder Konfekt.

Den eingeschüchterten Kühne machte sich Waag mit vielfältigen Drohungen gefügig. Um Kühnes Zukunft an der Uni

Bei der Führung ihrer Schnüffler zeigten sich die Stasi-Agenten nicht besonders phantasievoll. Weil Kühne auch Musik studierte, hatte ihm die Stasi den Decknamen „Bach“ verpaßt. Auch bei anderen Denunzianten richteten sich die Tarnnamen nach Studienfach oder Beruf: „Karies“ etwa war ein Spitzel aus der Zahnmedizin, „Beton“ arbeitete auf dem Bau. Weil er aktiver Leichtathlet war, erhielt der Pharmaziestudent Thomas Klaus den Decknamen „Alfred Läufer“.

Wie Kühne, dessen Bekenntnisse auf einem Studententreffen Anfang November „in gespannte Stille“ hinein verlesen wurden, offenbarte sich auch Klaus alias Läufer den Helfern von der Anti-Stasi-Gruppe. Er war, so sein Bericht, vom Greifswalder Direktor für Studienangelegenheiten, Klaus Witte, angeworben worden.

Witte habe ihn eines Tages „zu einem äußerst wichtigen Gespräch“ in sein Dienstzimmer geführt, Witte selbst habe sich dann aber verabschiedet. Nach fünf Minuten, so das Klaus-Protokoll, kamen „Herr Waag und Herr Stubbe vom Ministerium für Staatssicherheit“ in den Raum.

Sie zeigten Postkarten, die der Pharmaziestudent in der Mensa verkauft hatte. Die Karten dokumentierten den Verfall der Greifswalder Innenstadt. „Die Dinger“, erinnert sich Germanistikstudent Peter Walther, 24, von der ASG, „fanden bei uns damals reißenden Absatz.“ Stubbe warf dem Studenten vor, er sei „politisch blind“ und „ignoriere das Wohnungsbauprogramm“ der SED. Bis zum nächsten Treff möge er sich überlegen, wie er den Schaden wiedergutmachen könne. Falls sich Klaus einer Mitarbeit verweigere, drohte Stubbe, werde er bei Direktor Witte für eine Exmatrikulation kurz vor der Promotion sorgen.

Klaus fügte sich, fortan mußte er Informationen über kirchliche Studentengemeinden und Stimmungsberichte aus den Studentenklubs liefern. Waag interessierte sich vor allem für die Leistungen und politischen Ansichten fortgeschrittener Studenten, da „diese Personen einmal leitende Positionen in unserem Staat einnehmen“. Wie es um ihre Westkontakte und die „Bindung an Elternhaus und Heimat“ bestellt sei, wollte er wissen.

Gezielt wurde Klaus auf den damaligen Pharmaziestudenten Stefan Finger



Erbeutetes Stasi-Schild
„Denunziant in jedem Seminar“

angesetzt. Der sei dabei, „eine große Dummheit“ zu begehen, so die Stasi-Mitteilung. Wenige Monate später gehörte Finger zu den Gründungsmitgliedern der DDR-SPD.

Als Klaus mehrere Stasi-Verabredungen nicht einhielt, waren es wieder Mitglieder des Lehrkörpers, die den widerstrebenden Studenten der Stasi zuführten. So erfuhr Klaus nach eigenen Angaben am 19. Oktober von Professor Kühmstedt, Parteisekretär an der Sektion Pharmazie, „daß die Genossen der

Sicherheitsorgane mal wieder „Sehnsucht“ nach ihm hätten.

Am Tag zuvor war der Student auf der ersten friedlichen Demonstration in Greifswald mitmarschiert. Nun wollte die Stasi wissen, weshalb er bei diesem „Affentheater“ gewesen sei, „welche Personen er innerhalb des Zuges erkannt und wer die Sprüche angestimmt“ habe.

Für derlei Auskünfte hatte sich Klaus wiederum in einem Dienstzimmer der Universität einzufinden. Diesmal verweigerte er die Mitarbeit und teilte mit, er sei sogar zum Abbruch des Studiums bereit, um dem Stasi-Terror zu entgehen. Die Agenten bestellten ihn noch einmal ein und fuhren mit ihm, wie im drittklassigen Thriller, in ein abgelegenes Waldstück. Dort wurde der Student mit dem Versprechen verabschiedet, man werde ihn in Ruhe lassen, solange er sich nicht an die Öffentlichkeit wende.

Wie viele Stasi-Spitzel an der Greifswalder Uni herumliefen oder noch herumlaufen, ist Gegenstand von vielerlei Spekulationen. Der Theologiestudent Christian Tiede, 25, der ebenfalls der Anti-Stasi-Gruppe angehört, hat Gerüchte gehört, „daß in jeder Seminargruppe ein Denunziant saß“. Auch wenn das nicht immer stimmte – „es genügte“, so Walther, „daß hier in Greifswald eigentlich jeder Student Angst vor der Stasi hatte“.

Die ASG schickte die Protokolle von Klaus und Kühne an acht Tageszeitungen in der DDR, etwa an die *Junge Welt*, den *Morgen* und die *Berliner Zeitung* – Artikel erschienen bislang nicht.

Auch Rektor Peter Richter erhielt das Kühne-Protokoll zusammen mit einem Brief. Darin wurde der Leiter der Hochschule aufgefordert, „die bestehende Verflechtung zwischen Universität und Staatssicherheit aufzuheben“. Knapp drei Wochen ließ sich Richter Zeit für eine ausweichende Antwort.

Das Schreiben der Gruppe, so Richter, sei „inzwischen Gegenstand kollektiver Beratungen“ gewesen. Es gehöre nicht zu seinen Aufgaben, „den Wahrheitsgehalt“ der Angaben zu überprüfen. Im übrigen dürfe sich kein Staatsbürger Aktivitäten verschließen, „die der Vorbeugung gesetzwidriger Handlungen“ dienten. Dies müsse „von staatlichen Funktionsträgern“, so die Belehrung von der Uni-Spitze, „als selbstverständliche Pflicht erwartet werden“.

Nun will die Anti-Stasi-Gruppe durch Ankauf kritischer Literatur für mehr Aufklärung über den DDR-Staat und seine Geschichte sorgen. Um die Anschaffungen zu finanzieren, hat sich die ASG ein wenig Grundkapital stibitz: Studenten erbeuteten das Dienstschild der Greifswalder Stasi-Stelle, das nun in West-Berlin versteigert werden soll. ASG-Mitglied Walther: „Wir haben uns gefühlt wie kleine Dutschkes.“



Stasi-Opfer Lademann
„Unser Beruf, Ihr Leben“

ches und jedes Hemdes mit einer Sofortbildkamera fest, um nach Durchsicht alles wie unberührt zurückzulegen. Gesucht wurde nach allem, was politisch verdächtig erschien: West-Zeitungen, West-Geld und West-Korrespondenz, oppositionelle Flugblätter und regierungskritische Briefe.

Nachdem das Untersuchungskommando die Wohnung wieder verlassen hatte, wurden alle neugewonnenen Informationen über den Bewohner sorgsam registriert und in den Stasi-Speichern archiviert. Hatte sich genügend finden lassen, tauchten dieselben MfS-Arbeiter wenige Tage später wieder an der Wohnungstür auf: ganz offiziell zusammen mit den Ermittlern der Staatsanwaltschaft, ausgewiesen als „Mitarbeiter des Untersuchungsorgans“ und bestens über die Verstecke des gesuchten Belastungsmaterials informiert.

Dann kamen die Verhöre.

Um ihre Opfer kleinzukriegen, konnten die Exekutoren der SED-Sicherheitsdoktrin in aller Regel auf physische Gewalt verzichten. Denn in allen Bezirks- und Kreisämtern saßen geschulte Verhörspezialisten, die auch ohne Folter-Drohungen von ihren Häftlingen am Ende die Aussagen bekamen, die sie hören wollten. Dabei setzten die Ermittler stets auf die Methode, den Festgenommenen in den Zustand völliger Recht- und Hilflosigkeit zu versetzen, bis, so ein ehemaliger Stasi-Gefangener, „du auf dein eigenes Leben keinen Pfifferling mehr setzt und dir nur noch alles egal ist“.

Wichtigstes Mittel war, dem Gefangenen klarzumachen, daß kein Gesetz, kein Anwalt, kein Freund oder Verwand-

ter die Staatssicherheit daran hindern konnte, ihn so lange festzuhalten, bis sie die richtige Aussage bekam – manchmal auch jahrelang.

Wie die Verhöre verliefen, vermögen viele Opfer hinterher kaum zu beschreiben. Denn formal verhielten sich die Vernehmer meist korrekt; gesicherte Angaben über Foltermethoden sind aus den letzten Jahren nicht bekannt.

Die Vernehmer übten psychische Folter. Ohne das Recht auf Aussageverweigerung, auf die Rücksprache mit einem selbstgewählten Anwalt und die Begrenzung der Untersuchungshaft auf eine absehbare Frist gelang es fast immer – so belegen Tonbandprotokolle aus der Potsdamer Stasi-Filiale – , den Gefangenen innerhalb weniger Tage das Gefühl völliger Ausweglosigkeit zu geben.

Wie unendlich zermürbend diese Strategie war, erfuhr etwa der Ökonom und Direktor eines Betriebes für Metallverarbeitung in Frankfurt/Oder, Horst Lademann. „Schuldig geworden“ in den Augen der Überwachungsmaschine war er durch eine teure Fehlinvestition in seinem Betrieb. Von einem Mitarbeiter der



persönlichen Bereicherung denunziert, geriet er im Herbst 1985 in die Fänge der Ermittler des damaligen Frankfurter Stasi-Generals Engelhardt.

Elf Monate lang versuchte er der psychischen Quälerei durch seine Vernehmer zu widerstehen. Die Nächte und die Wochenenden verbrachte er in einer zehn Quadratmeter großen fensterlosen Einzel-

zelle, die Tage mit wechselnden Stasi-Offizieren im Verhör. Immer und immer wieder stellten sie ihm die gleichen Fragen, hielten ihm die gleichen Unterstellungen vor.

Nach einem Vierteljahr steigerten sich die subtilen Drohungen. „Damals sagten sie“, berichtete der Ex-Häftling einem Team von SPIEGEL-TV, „länger als sechs Monate hat das hier gesundheitlich noch niemand durchgehalten, überlegen Sie sich das.“ Mit den Worten „Für Sie ist es Ihr Leben, für uns nur unser Beruf“, drohten sie ihm bald darauf eine weitere Verdoppelung seiner Untersuchungshaftzeit an.

Schritt für Schritt, so Lademann, habe man so seinen Widerstand gebrochen,

bis er schließlich selbst begann, an seiner Unschuld zu zweifeln, und das Geständnis unterschrieb, „nur um irgendwann wieder rauszukommen“. Lademann: „Elf Monate lang täglich verhört zu werden hat irgendwann eine ausreichende psychologische Wirkung, da braucht man nicht verprügelt zu werden.“

Solche und Tausende ähnlicher Fälle waren es, die in 40 Jahren SED-Herrschaft und speziell in deren letzten Jahrzehnt der Bevölkerung das sichere Wissen gaben, den Häschern der Staatssicherheit am Ende doch nicht entkommen zu können. „Dieses Gefühl“, so meint der Frankfurter Pfarrer Christian Gehlsen, Sprecher einer Bürgergruppe, die um Rehabilitation kämpft, „diese Angst, daß in der Finsternis ein Gegner lauert, der dich jederzeit zerquetschen kann, das ist noch lange nicht weg, viel zu viele haben das noch immer tief in sich verschlossen.“

Wer auffällig wurde, wer zu oft ins Register der Schnüffler wanderte, brauchte auf Besuch nicht lange zu warten. Die Stasi-Bezirksleitung verständigte die zuständige Kreisleitung, daß Verdachtsmomente für Straftatbestände vorlägen. In dem von Bürgern gestürmten Einsatzbunker in Tautenhain im thüringischen Kreis Eisenberg wurden Listen mit politisch auffälligen Personen und daneben



Ost-Berliner Stasi-Zentrale nach dem Sturm der Demonstranten: ... das war so gut wie ein Befehl.

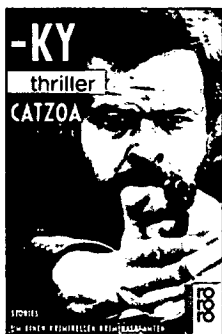
Rowohlt im Februar

Einfühlsame literarische
Porträts von Brecht und
Botero, von der Monroe
bis Chagall
12673/DM 12,80



Die Kunst des Koppels
kann Computer-
Einzelprogramme
verbessern.
8165/DM 15,80

DDR-Autoren ziehen
einen Zwischenbilanz des
politischen Umsturzes:
Wie soll es weitergehen?
12814 (DM 9,80)



Elf spannende Stories
über einen Kommissar,
der kriminelle Karriere
macht
2919/DM 8,80

Ganz oben sind die Langweiler und
Leisetreter: die *Peter-
Pyramide* (sachbuch 8715/DM 8,80) ist
Sinnbild der Einheitlich-Bürokratischen
Grundordnung, kurz EBGO, die in vielen
Betrieben und Institutionen vorherrscht.
Autor *Laurence J. Peter* verbindet Büro-
Soziologie mit Satire.

Prince oder Paul McCartney, wer ist der
Erfolgreichste im ganzen Land?
Welche Platte erschien wann auf welchem
Label? *Barry Graves* und *Siegfried Schmidt-
Joos* beantworten in ihrem aktualisierten
Rock Lexikon (zwei Bände 6320 und 6321, je
DM 14,80) Fragen zu knapp 1000 Stars und
Gruppen, von Abba bis ZZ Top.

Opfer des Terrorismus wurden die
Geiseln der spektakulären Flug-
zeugentführung im Herbst 1977. *F. C. Delius*
protokolliert in *Mogadischu Fenster-
platz* (rororo 12679/DM 8,80)
den Alptraum einer modernen
Gefangenschaft zwischen Wut,
Scham und Schweigen. Wenn
Schutzsysteme versagen, ent-
stehen auch in Familien drama-
tische Konflikte. *Margareta
Bergman* erzählt in *Spiegel,
Spiegel* (neue frau 12569/DM
9,80) von Geschwister-Rivali-
tät und bedrohter Idylle - ein
genaues Widerspiel der Me-
moiren ihres berühmten Bru-
ders Ingmar Bergman.

Foto: Peter Peitsch



Der erste
deutsche
Taschenbuch
Verlag



ein Verzeichnis der im Bezirk Gera vorge-
sehenen Internierungslager gefunden –
das romantische Schloß Greiz, Burg Wei-
da, Burg Ranis. „Nur für Leute, die im
Verteidigungszustand die Verteidigungs-
fähigkeit beeinträchtigen würden, das
können auch bestimmte Ausländergrup-
pen sein“, sagt Geras Stasi-Chef Michael
Trostorff. Die Genfer Konvention legiti-
miere solche Pläne für den Notfall –
meint er.

Die DDR hielt sich selbst für einen
Notfall. Nicht nur beim Aushorchen und
Drangsalieren Oppositioneller, auch bei
der Befriedigung privater Bedürfnisse
war das MfS der Partei- und Staatsfüh-
rung allzeit zu Diensten.

So kopierte die Zentrale Bildstelle des
Ministeriums in den siebziger Jahren im
Auftrag der Abteilung Agitation und Pro-
paganda Dutzende von Porno- und
James-Bond-Filmen, die dann im Film-
saal des Ministeriums oder im Kinoraum
des Wandlitzer Politbüro-Gettos im klei-
nen Kreis vorgeführt werden konnten.

Jeweils spät abends brachte ein Kurier
Filmrollen aus West-Berlin zum Labor.
Dort wurden sie über Nacht eilig verviel-
fältigt und am frühen Morgen wieder per
Kurier in den Westen zurückgeschafft.
Erst als sich dort Videofilme schneller
und billiger besorgen ließen, hörte das
Filmkopieren auf.

Ungeniert ließen sich jedoch Parteichef
Erich Honecker, Ministerpräsident Willi
Stoph und Minister Mielke weiter ihre
Privatfotos von Jagdausflügen, Urlaubs-
reisen und Familienfeiern durch die Fo-
toexperten der Staatssicherheit vergrößern.
Wie in Wandlitz galt auch hier für je-
den, der den SED-Führern unmittelbar
zu Diensten war, die Anweisung: „Jeder
Wunsch, und sei er noch so ausgefallen,
ist zu erfüllen.“

Ministerpräsident Willi Stoph, der
zahlreiche Verwandte im Westen hat, die
ihn oft in Ost-Berlin besuchten, hatte für
seinen Clan einen Sonderservice organi-
siert.

Vom Bahnsteig B des S-Bahnhofs
Friedrichstraße führte eine Treppe zu ei-
nem Sonderausgang, der immer von ei-
nem Stasi-Mann im besonderen Einsatz
bewacht war. Hier kam nur raus, wer das
Codewort wußte oder die zweite Hälfte
einer durchgeschnittenen Ansichtskarte
vorweisen konnte – in der Regel DKP-
Delegationen aus dem Westen, Spione
und hohe Stasi-Funktionäre.

Bei Stophs Verwandtschaft genügte
der (damals noch) gute Name – vor der
Tür wartete stets eine Staatslimousine,
um den Besucher ans Ziel zu bringen.

Im nächsten Heft

Die Organisation der Stasi-Zentrale –
Bürgerprotest gegen den Apparat – Lebt
die Stasi weiter?